

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Erschließung der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Regulierungspreis: Die Ausgabe des Tagesblattes kostet 10 Pf. wöchentlich. Bei der Bestellung sind die Gebühren für den Posttransport zu berücksichtigen. Bei der Bestellung sind die Gebühren für den Posttransport zu berücksichtigen. Bei der Bestellung sind die Gebühren für den Posttransport zu berücksichtigen.

Nr. 20

Donnerstag, den 24. Januar 1918

13. Jahrgang

Verfrühte Friedenshoffnungen.

Polenpolitik und polnische Politik.

Eine Rede, die der polnische Abg. v. Trampechowski im Preussischen Abgeordnetenhaus hielt, verdient die ernsteste Beachtung. Sie darf als wohlüberlegte Kundgebung der offiziellen Vertretung unserer polnischen Mitbürger gelten, und darüber hinaus als Anmeldung programmatischer Ansprüche der gesamten polnischen Nation, wie sie im Verlauf des Krieges und mit besonderer Deutlichkeit und Schärfe seit der Jüdel-Kaiser-Proklamation vom 4. November 1916 erhoben worden sind.

Es handelt sich um eine Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die letzten Endes die Loslösung der Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien aus dem Verband Preußens und des Deutschen Reiches fordert. Der polnische Vertreter im Preussischen Abgeordnetenhaus hat sich geäußert, diese letzte Konsequenz auszusprechen, aber er hat den Standpunkt vertreten, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht an den staatlichen Grenzen halt machen dürfe, und daß ein internationales Schiedsgericht die Oberaufsicht über die gemischtsprachigen Gebiete des Deutschen Reiches übernehmen müsse, da die Polen kein Vertrauen zu einer Regelung ihrer kulturellen und nationalen Rechte auf dem Weg unserer innerstaatlichen Gesetzgebung haben.

Die Polen innerhalb und außerhalb Preußens können sich nicht dem Glauben hingeben, daß ein Staat, der sich im Vollbesitz seiner Handlungsfreiheit, seiner physischen und geistigen Kräfte befindet, je darauf eingehen könne, begründete oder unbegründete Beschwerden eines Teiles seiner Bürger dem Urteil und der Einmischung fremder Machthaber zu unterstellen. Wenn diese Forderung trotzdem erhoben wird, so kann man darin nur eine kaum verhehlerte Umschreibung der Krakauer Resolution der galizischen Polen vom 28. Mai 1917 erblicken, die im wesentlichen — neben einer Verbeugung vor dem „unser begnadeten Kaiser von Oesterreich“ — folgendes besagt:

„Die Versammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten stellt fest, daß die alleinigen Bestimmungen der polnischen Nation in der Wiedererlangung eines unabhängigen geeinigten Polens mit dem Zugang zum Meere bestehen und erklärt sich mit diesen Bestimmungen solidarisch.“

Die Versammlung der polnischen Abgeordneten stellt ferner den internationalen Charakter dieser Frage fest und erklärt ihre Verwickelung als eine Garantie eines dauernden Friedens.“

Wir halten es für erwünscht, den Tatsachen ganz offen ins Auge zu sehen und sich nicht mit dem Hinweis auf die militärische Lage zu begnügen, die ja Gott sei Dank nicht so ist, daß die polnischen Wünsche, mögen sie auch hohe und höchste Protektion diesseits und jenseits der Meere genießen, als ausschlaggebend erachtet werden müssen. In negativer Beziehung ist ja unser Standpunkt mit einem Wort gesagt: Niemals! Ein Jahrhundert staatlicher Gemeinschaft auf einem Boden, der überall Deutsche und Polen in Gemengelage aufweist, hat Beziehungen geschaffen, die schließlich unlosbar sind.

Wir haben durchaus Verständnis für den Idealismus, der unbestimmt um die Realitäten des Lebens, von einer engeren Gemeinschaft aller Söhne des polnischen Volkes träumt. Aber denselben Anspruch können die Nachbarvölker erheben: die Deutschen, Litauer, Weißrussen, Ukrainer. Nirgends gibt es hier feste Grenzen, sicheren Boden. Weder in der Geschichte, noch in den geographischen Verhältnissen, noch in der Statistik. Was in der Idee schön und einfach und natürlich erscheint, wird in der Welt der Wirklichkeit zu einer Quelle bittersten Streites, bei dem es kein Ende und keine Lösung gibt.

Das deutsche Volk hat sich bisher mit den Fragen des Ostens viel zu wenig beschäftigt. Namentlich in Süddeutschland hat man sich überhaupt nicht um die nationalen Sorgen des Nordostens gekümmert. Und für sich betrachtet, erschienen die nationalen Kämpfe um ein einzelnes Rittergut, um ein Dorf, um eine Schule hinten irgendwo in Polen als etwas Kleinkliches, Unnützes, und für den europäischen Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts Beschämendes. Erst der Weltkrieg hat vielen die Augen geöffnet und die Bedeutung dieser aus tausend kleinen Dingen zusammengesetzten großen Fragen völlig klar gemacht.

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 24. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Regte Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Boesinghe-Staden wurden 6 Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südöstlich vom Doiran-See scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Noch ist kein unwiderrücklicher Schritt geschehen, noch besteht die Möglichkeit, den unentzerrbaren Anlauf von Rivalitäten, Feindseligkeiten und Einnistungsmöglichkeiten fremder „Protektoren“ in organische Ordnung zu verwandeln, wenn man das historische Gemordene und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse fest Verbundene zum Ausgangspunkt nimmt, und darüber hinaus an einer dauernden Verständigung mit der slawischen Vormacht arbeitet. Dieses große Ziel vor Augen ist das deutsche Volk bereit, mit verständigen Polen sich zu verständigen und allen gerechten Wünschen gerecht zu werden. Aber — und darüber mögen sich die Herren v. Trampechowski und Genossen keiner Täuschung hingeben, was preußisch ist, bleibt preußisch, was deutsch, deutsch!

Politische Uebersicht.

Die Ereignisse in Oesterreich.

Angriffe auf Deutschland im Wiener Parlament.

Bereits unter den „letzten Drahtnachrichten“ unserer gestrigen Nummer haben wir von Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten v. Seidler in der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses Kenntnis gegeben.

In die Erklärung des Ministerpräsidenten knüpfte sich nun eine längere Debatte. Mehrere Abgeordnete gaben namens der Deutschen Böhmen, Mährens und Schlesiens Erklärungen ab, worin sie in schärfster Weise die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen bekämpften und die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutsch-Böhmen mit eigenem Landtag auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts forderten, sowie für Währen vollständige Durchführung der nationalen Autonomie des deutschen Mährens. Die Tschechen und slowakischen Redner kritisierten die Friedensverhandlungen in West-Bitow. Der Pole Glombinski verwies auf die Besorgnisse der Polen angesichts der Stellungnahme des preussischen Generals Hoffmann und protestierte gegen die beabsichtigte Grenzsicherung Deutschlands auf Kosten Polens durch Wegnahme des polnischen Kohlenbeckens. Der polnische Sozialdemokrat Daszynski wandte sich gegen die Auffassung, als ob Deutschland Oesterreich gerettet hätte. Ohne Oesterreich, die Türkei und Bulgarien hätte Deutschland sich der Feinde nicht erwehren können. Ein Ruthens protestierte gegen die Angliederung ukrainischer Gebiete an Polen. Der Sozialdemokrat Alder erklärte: Wir Sozialisten verlangen nicht einen Bruch oder das Unmögliche, daß Deutschland sich plötzlich unter Führung Oesterreichs beuge. Wenn man in Berlin sagt, für uns ist Triest wie Stragburg, dann dürfte man sich nicht aufregen, wenn Czernin sagt: Wir ist Stragburg wie Triest. Man könne nicht die Früchte des Bündnisses einseitig genießen. Der Christlich-Soziale Matja betonte, auch die Christlich-Sozialen ständen auf dem Boden des Verständigungsfriedens. Großen Raum in der Debatte nahm die Auslandsbewegung ein. Die sozialdemokratischen Redner bezeichneten das Zustandekommen der Regierung als Beginn einer wirklichen Demokratisierung Oesterreichs. Die Christlich-Sozialen warfen den Sozialdemokraten vor, daß sie den in der Bevölkerung bestehenden Unwillen über die Ernährungsverhältnisse zu parteipolitischen Zwecken ausnützten.

Friedenshoffnungen sind verfrüht!

In einer Unterredung mit dem Kriegsberichterstatter des „Neuen Wiener Tagblattes“ wies der österreichische Generalstabchef Freiherr von Ury auf die Unmöglichkeit der Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten hin und ein der Unterredung betwohrender Offizier fügte zur Erläuterung bei, daß der größte Teil der russischen Truppen in dem noch vom Gegner besetzten Gipfel Ostgaliziens ihre Schützengräben verlassen haben, und daß Mäuserhorden und russische Marodeure gebildet sind, die jetzt sengend und plündernd die Gegend durchziehen. Der Generalstabchef bemerkt sodann darauf, daß die übrige Entente noch keinen Schritt zum Frieden getan habe. Rumänien sträubt sich heftig gegen den Eintritt in Friedensverhandlungen. Italien spricht noch immer von der Angliederung von Triest und Trent. Mit keinem Wort habe die Entente bisher die Selbstverständlichkeit der Rückgabe der deutschen Kolonien betont. Aus allen diesen Gründen erscheinen, so schloß Freiherr von Ury, die hochgepöbelten Friedenshoffnungen, die sich in den letzten Wochen in der Bevölkerung verbreitet haben, verfrüht.

Von Ury machte auch gegenüber dem Berichterstatter der Arbeiterzeitung über den Arbeiterausstand Mitteilungen, in denen er zunächst erklärte, daß er hoffe, daß es gelingen werde, der Arbeiterschaft die Ueberzeugung beizubringen, daß weder die Regierung, noch die Herresleitung dem Frieden irgendwelche Hindernisse bereiten. Der Friedensstauung ist bei uns allgemein. Niemand denkt an Eroberungen und Annexionen, während unsere Gegner, besonders die im Westen, noch weit davon entfernt sind, auf Eroberungen und Annexionen verzichten zu wollen. Im Osten steht es einigermaßen anders. Aber da gibt es Schwierigkeiten häßlicher Natur, deren Hebung einige Geduld erfordert. Die Arbeiterschaft müsse noch etwas Geduld üben. Sie darf aber überzeugt sein, daß der beste Wille besteht, bald zum Frieden zu kommen. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden. Die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Nur etwas Geduld müßte die Bevölkerung haben.

Die Arbeiterausstände.

Laut Beschluß der Wiener sozialdemokratischen Parteileitung vom Sonntag sollte am Montag in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden. Dieser Aufforderung ist nicht vollständig Folge geleistet worden. In den größeren Betrieben ruhte die Arbeit. Ein großer Teil der Arbeiterschaft, besonders jener, der von den Kapitalen geführt wird, gibt sich mit dem erzielten Ergebnis nicht zufrieden und beschließt, auf eigene Faust den Streik fortzusetzen. In einer Versammlung wurden unter der Arbeiterschaft Aufrufe verteilt, die sehr scharfe Angriffe gegen die Herresleitung enthielten. Am Mittwoch arbeiteten ungefähr 60 vom Hundert der Arbeiterschaft. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Feldmarschallleutnant Goeser I.

Aus Wien wird gemeldet: Nach einer kaum 24 Stunden währenden Krankheit ist am Dienstag der ehemalige Stellvertreter des Generalstabchefs, Sektionschef im Kriegsministerium Feldmarschallleutnant Franz v. Goeser, im Alter von 57 Jahren gestorben. — von Goeser ist dadurch weitläufig bekannt geworden, daß es in den ersten Jahren des Weltkrieges die I. u. I. Goeserberichte verfaßte und unterschrieb.

Die Vorgänge in Rußland.

Schwere Niederlage der ukrainischen Truppen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die von Charlow und Poltawa abgeforderten Abteilungen der Sowjets haben eine Schlacht gegen die Truppen der Rada von Kiew geliefert. Die Truppen der Rada wurden vollkommen geschlagen. Die Stadt ist in den Händen der Abteilungen der Sowjets. In der bereinigten Sitzung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wurden die Vertreter des russischen Reiches